№ 17. 1861.

Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljährl. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3spaltige Corpuszeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei. Donnerstag, den 7. Februar. [Redakteur Ernst Lambeck.]

Auch ein Weg zu moralischen Eroberungen.

I.

Die preußische Finanzwirthschaft war ehedem als eine musterhafte allgemein anerkannt. Man ging mit der Steuerkraft des Volkes haushälterisch zu Rathe, die Einnahme deckte die Ausgabe, ein Defizit war unbekannt. Heute ist das anders. Das vom Herrn Finanz-Minister aufgestellte Budget ergiebt ein Defizit von nahezu 6 Mill. Thaler.

Der Staatshaushalt schließt ab mit einer Ausgabe von 140,208,544 Thlr., der eine Einnahme von 135,783,514 Thlr. gegenübersteht. Das rechnungsmäßige Defizit beläuft sich also nur auf 4 Mill. 425,000 Thlr.

Dies ist indeß nur das rechnungsmäßige Defizit. Das wirkliche Defizit ist ein weit höheres. Der Finanzminister hat nämlich den Rest des vorjährigen Credits von 9 Mill. Thlr., der nicht bereits im Jahre 1860 erschöpft ist, für das Jahr 1861 in Einnahme gestellt und zur Deckung der laufenden Ausgaben verrechnet. Diese Summe mangelt also ebenfalls noch an einem Gleichgewicht des Staatshaushalts-Etats. Die Summe der hiernach bereits im Etat in Einnahme gestellten Zuschüsse beträgt 3,272,929 Thlr. Sie mit dem etatsmäßigen Defizit zusammen, also der Betrag von 7,697,929 Thlr. bildet den Theil der Ausgaben des Jahres 1861, der durch die ordentlichen Einnahmen des Jahres 1861 nicht gedeckt wird.

Die Gesammt-Mehrausgaben, welche die Vermehrung des Friedensbestandes unserer Armee veranlaßt, sind auf 8,152,454 Thlr. angegeben. Von dieser Summe werden 454,525 Thlr. durch die „natürliche Steigerung der Einnahmen", jenes vor einem Jahr so oft und so leise in Scene gesetzte Deckungsmittel gedeckt, der Rest von 7,697,929 Thlr. ist auf außerordentliche Zuschüsse angewiesen. Dieselben werden gefunden:

1) in der Forterhebung des 25prozentigen Zuschlags zur Einkommen-, Klassen-, Schlacht- und Mahlsteuer im Betrage von ca. 3,672,000 Thlr.,
2) im Staatsschatze.

Auf den letzteren war bereits der Theil des Neun-Millionen-Credits angewiesen, der aus dem einjährigen Zuschlage zu den direkten persönlichen Steuern nicht gedeckt wurde. Für das laufende Jahr werden ihm auch wieder noch 2,600,000 Thlr. entnommen werden müssen; doch hofft der Finanzminister, daß dadurch keine wesentliche effektive Veränderung des Staatsschatzes herbeigeführt werde, weil demselben gleichzeitig 2,400,000 Thlr. an Ueberschüssen aus dem Jahre 1859 zugehen.

Wenn wir jetzt also noch von früheren Ueberschüssen zehren können, so ist jedenfalls so viel klar, daß bei solcher Steigerung der Ausgaben künftig auf Ueberschüsse aus der Finanzverwaltung der Gegenwart nicht zu rechnen ist. Die Zeit der Ueberschüsse ist seit der eingerissenen rücksichtslosen Steigerung der Militairausgaben ein für allemal vorbei. Die 25 pCt. Zuschlag zu der hauptsächlichsten direkten Steuer zehren an der Steuerkraft der Bevölkerung, beschränken die Konsumtion und den Ertrag der Konsumtionssteuer und beschränken die Sparfähigkeit, sie sind ein Aushilfsmittel in Zeiten, wo der Staat plötzlicher Unterstützung bedarf, und wo der Patriotismus nicht rechnet. Sie zur permanenten Einkommensquelle zu machen, ist nur möglich, wenn der Finanzminister auf jede Steuerreform für schlimme Zeiten verzichten will. Der preuß. Staatshaushalt hat sich also auf ein neues kostspieliges und in den Kosten jährlich steigendes Unternehmen eingelassen.

Für die Zukunft hofft der Finanzminister einen Theil dieses Defizits durch die Reform der Grundsteuer zu decken. Nach vorläufigen Mittheilungen soll dieselbe aus der Liegenschaftssteuer ein Mehr von 2 Mill. Thlr., aus der Gebäudesteuer ein Mehr von ½ Mill. Thlr. ergeben. Wie viel auf diese Mehreinnahme an Erhebungskosten abgeht, ist noch gar nicht abzusehen, da in dem ganzen Umfange der östlichen Provinzen eine neue Einschätzung vorgenommen werden muß. Wenn wir als reine Mehreinnahme 2 Mill. Thlr. jährlich rechnen, so ist unsere Schätzung über alle Wahrscheinlichkeit hinausgehend. Es blieben also von den Mehrausgaben des laufenden Jahres immer 5 Mill. 700,000 Thlr. auf „natürliche Steigerung der Einnahmen", d. h. auf die Hoffnungen des Finanzministers angewiesen. Diese Summe wird aber in den späteren Jahren noch erheblich wachsen, da die vollen Ausgaben, die durch jährliche Mehraushebungen der dreijährigen Dienstzeit veranlaßt werden, erst im dritten Jahre zur Erhebung gelangen.

Wenn wir annehmen, daß die Heeresvermehrung, wenn sie in der Ausführung begriffen ist, eine definitive Mehrausgabe von 13 Mill. Thlr. erfordert, und daß hiervon 2 Mill. durch die Grundsteuer gedeckt werden, so dauert, wenn wir jährlich 600,000 Thlr. als aus der natürlichen Steigerung der Einnahmen disponibel annehmen, die Periode des Defizits volle 18 Jahre. Und dabei ist von allen unvorhergesehenen Fällen abgesehen.

Die bisherige Praxis ergiebt ganz andere Resultate.

Im Jahre 1849 hatten wir ein etatsmäßiges Defizit von 5,608,000 Thlr. Dasselbe schwankte zwischen 4½ und 2½ Mill. Thlr. bis 1856, wo es, augenscheinlich in Folge der Energie, mit welcher die Kammern die Forterhebung der 25prozentigen Steuerzuschläge verweigerten, verschwand. Die beiden Jahre 1857 und 1858 waren ohne Defizit. In dieser günstigen Lage übernahm Herr v. Patow die Finanzverwaltung. Die Ueberschüsse der Vergangenheit, die er vorfand, verlockten ihn sogleich im ersten Jahre 1,460,000 Thlr. aus diesen Ueberschüssen zu den laufenden Ausgaben zu verwenden, also seine Verwaltung mit einem durch außerordentliche Zuschüsse gedeckten Defizit zu beginnen. Der Etat für 1860 weist an außerordentlichen Zuschüssen nur 302,500 Thlr. auf. Dagegen wurden aus dem 9 Millionen-Credit für Vermehrung der Militairausgaben 5,727,071 Thlr. verwandt, das Defizit also, nachdem die Mobilisirungskosten auch durch eine Anleihe gedeckt waren, auf 6,029,571 Thlr. erhöht. Für 1861 beträgt es 7,697,929 Thlr. Bis jetzt ist also das Defizit im Steigen begriffen gewesen.

Also ein Defizit von 5,700,000 Thlr. in Folge der Vermehrung des stehenden Heeres! Diese Thatsache verdient doch eine nähere Erwägung. Weshalb wird dem preußischen Volke eine solche enorme Steuerlast aufgelegt? —

Politische Rundschau.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. Am 4. hat unter starkem Zudrang des Publikums das Haus der Abgeordneten die Adreßdebatte begonnen. Außer den vorstehend mitgetheilten Amendements liegt noch eins vom Abgeordneten v. Berg vor, welches der italienischen Sache mit der Klausel gedenkt, Italien müsse vor Frankreich sicher sein und dürfe Deutschland nicht bedrohen. — Bei Beginn der allgemeinen Diskussion kündigt Staatsminister v. Auerswald Erklärungen der Minister über thatsächliche Momente an; bei Abstimmungen über Billigung und Mißbilligung von Regierungshandlungen, würden die Minister nicht mitstimmen. Für die allgemeine Diskussion ist kein Mitglied der jetzigen Rechten als Redner eingeschrieben. Für den Adreßentwurf allein: v. Rosenberg-Lipinski (welcher unter dem Beifall der Rechten erklärt, seit Eintritt des jetzigen Ministeriums sei vieles besser geworden, aber gegen den Passus von den höheren Beamten protestirt, die Einigung Deutschlands nicht von einem Parlamente erwartet, sondern vom preußischen Geiste und vom preußischen Schwerte, im Uebrigen namentlich den konservativen Liberalismus," der vom Throne verkündet sei, begeistert begrüßte); gegen denselben eine Anzahl Mitglieder von Fraktionen der Linken: Graf Cunitz, v. Zedlitz, v. Krosigk, v. Berg (der Specialforderungen in der inneren Reform-Gesetzgebung und auch in der auswärtigen Politik Energie vermißt); Abgeordneter Reichensperger Köln (der den Satz wegen der reaktionären Beamten angreift, gegen „sardinische Politik mit oder ohne französische Obervormundschaft", sowie gegen das Prinzip der Nationalität protestirt). Aeußerungen polnischer Abgg. (v. Stablewski und v. Bentkowski) veranlassen eine energische Antwort seitens des Ministers des Innern, in ähnlichem Sinne wie neulich im Herrenhause, sowie abwehrende Bemerkungen des Abg. Sänger. Die Allgemeine Diskussion ist damit geschlossen.

Deutschland. Berlin, den 4. Februar. Im Frühjahr darf man einer Reihe glänzender Feste am Hofe entgegensehen, zu welchen bereits Vorbereitungen getroffen werden. Man erwartet zu denselben auswärtige fürstliche Personen und u. A. die Königin von England, aber nicht mehr incognito. — Die Loreleyangelegenheit wird in der Adreßdebatte zur Sprache kommen. Es dürfte sich dabei herausstellen, daß die in der „Köln. Z." veröffentlichten Angaben aus Messina der Wahrheit gemäß waren, woran wir übrigens keinen Augenblick gezweifelt haben. — Der offiziöse Correspondent der „K. Z." schreibt: Die Nachricht der Allgem. Ztg., das Wiener Cabinet gedenke Preußen das Zugeständniß des wechselnden Präsidiums am Bundestage zu machen und sich dafür zu erklären, daß dem letzteren ein Ausschuß deutscher Volks-Vertretungen an die Seite gestellt werde, ist ohne Zweifel voreilig. Allerdings glaubt man auch hier in gut unterrichteten Kreisen, daß zur Zeit in Wien die Stimmung für Preußen entschieden freundschaftlich ist. Indessen dürfte die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit so weitgehender Concessionen noch nicht genügend Platz gegriffen haben. — Der „Donau-Ztg." wird aus Paris vom 25. Januar geschrieben: „Sie wissen, daß der Kaiser vorgestern den außerordentlichen Gesandten des Königs von Preußen, General Willisen, empfing. Man will wissen, daß nach der offi-

ciellen Audienz der Kaiser sich noch „„privatim““ mit dem General unterhielt und ihm in zarter Weise Vorwürfe wegen der preußischen Politik machte. „„Frankreich will den Frieden““, soll Se. Majestät geäußert haben, „„und Ihr König thut nicht gut, durch seine Worte Deutschland zu agitiren.““

Frankreich. Die syrische Konferenz wird jedenfalls zu Stande kommen. Sämmtliche Großmächte, Rußland ausgenommen, haben bereits ihre zustimmende Antwort hierher gelangen lassen. Von Rußland ist natürlich am wenigsten ein Widerspruch gegen die Konferenz zu erwarten. Dagegen zeigt sich die Pforte minder geneigt, die Konferenz zu beschicken. — Man versichert hier wiederholt, daß der Kaiser sich dem General Willisen gegenüber über die kriegerische Sprache des Königs von Preußen beklagt und an die in Baden-Baden ausgetauschten friedlichen Erklärungen erinnert habe. — Die Sitzung der Legislativen ist am 4. durch eine Thronrede des Kaisers eröffnet worden. Sie lautet sehr friedlich, und zwar:

Meine Herren Senatoren, Meine Herren Deputirten!

Die Rede bei Eröffnung einer jeden Session resümirt in wenigen Worten die vorangegangenen Akte und die Entwürfe für die Zukunft. Bis heute setzte diese ihrer Natur nach beschränkte Mittheilung Meine Regierung nicht in genügend innige Beziehung zu den großen Staatskörpern, und letztere waren der Fähigkeit baar, die Regierung durch ihre öffentliche Zustimmung zu kräftigen oder sie durch ihre Rathschläge aufzuklären. Ich habe bestimmt, daß alljährlich ein General-Exposé über die Lage des Reiches Ihnen vorgelegt werde und daß die wichtigsten diplomatischen Depeschen auf Ihre Bureaus niedergelegt werden sollen. Sie können ebenfalls in einer Adresse Ihre Meinung über die Thatsachen, die sich erfüllen, kundgeben: nicht mehr wie sonst durch eine einfache Paraphrase der Thronrede, sondern durch den freien und loyalen Ausdruck Ihrer Meinung. Diese Verbesserung weihet das Land vollständiger in seine eigenen Angelegenheiten ein und lehrt es besser diejenigen kennen, welche es regieren, wie diejenigen, welche in den Kammern sitzen, und alterirt trotz ihrer Wichtigkeit den Geist der Verfassung keineswegs. Sonst war, Sie wissen es, das Stimmrecht beschränkt; die Deputirtenkammer hatte, es ist wahr, ausgedehntere Prärogative, aber die große Anzahl der öffentlichen Beamten, die einen Theil derselben ausmachten, gab dem Gouvernement eine direkte Einwirkung auf ihre Entschlüsse. Die Pairskammer votirte auch die Gesetze, aber die Majorität konnte jeden Augenblick durch fakultative Hinzufügung neuer Mitglieder verrückt werden. Endlich wurden die Gesetze nicht immer nach ihrem reellen Werthe discutirt, sondern nach den Chancen, welche ihre Annahme oder ihre Verwerfung haben konnte, ein Ministerium zu halten oder zu stürzen, daher war wenig Aufrichtigkeit in den Berathungen, wenig Stabilität in dem Gange der Regierung, wenig nützliche Arbeiten wurden ausgeführt. Heute werden alle Gesetze mit Sorgfalt und Ueberlegung durch einen Rath vorbereitet, welcher aus aufgeklärten Männern zusammengesetzt ist, die ihre Ansicht über alle zu nehmenden Maßregeln kundthun. Der Senat, als Hüter des fundamentalen Vertrages, dessen konservative Macht sich nur der Initiative unter wichtigen Umständen bedient, prüft die Gesetze unter dem alleinigen Gesichtspunkte ihrer Verfassungsmäßigkeit; aber als wahrhafter politischer Kassationshof ist er aus einer Anzahl unabsetzbarer Mitglieder gebildet.

Der gesetzgebende Körper — es ist wahr — mischt sich nicht in die Einzelnheiten der Verwaltung, aber er ist direkt durch das allgemeine Stimmrecht berufen, und zählt in seinem Schooße keinen öffentlichen Beamten. Er diskutirt die Gesetze mit vollständigster Freiheit; werden dieselben verworfen, so ist dies eine Mahnung, der die Regierung Rechnung trägt, aber dieses Verwerfen erschüttert nicht die Macht, hält den Gang der Geschäfte nicht auf und zwingt den Souverän nicht, Männer in seinen Rath aufzunehmen, die sein Vertrauen nicht haben würden. Dies sind die hauptsächlichen Verschiedenheiten zwischen der gegenwärtigen Verfassung und derjenigen, welche der Februarrevolution vorangegangen. Erschöpfen Sie, Meine Herren, während der Abstimmung über die Adresse, alle Diskussionen nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit, um sich darauf ganz den Angelegenheiten des Landes weihen zu können, denn wenn jene eine gründliche und gewissenhafte Prüfung fordern, so harren die Interessen ihrerseits ungeduldig einer raschen Lösung. Am Vorabende detaillirterer Erörterungen werde Ich Mich darauf beschränken, Sie summarisch daran zu erinnern, was im Innern und nach Außen geschehen ist. Was das Innere betrifft, so haben alle genommenen Maßregeln den Zweck, die landwirthschaftliche, industrielle und kommerzielle Produktion zu vermehren. Das Theurerwerden aller Gegenstände ist die unvermeidliche Folge eines wachsenden Wohlstandes; aber wir müssen mindestens die zum Leben nothwendigsten Gegenstände so billig als möglich zu machen suchen. Zu diesem Zwecke haben Wir die Steuern auf Primitivstoffe vermindert, einen Handelsvertrag mit England unterzeichnet, und den Abschluß anderer mit benachbarten Ländern projektirt. Um diese ökonomischen Reformen zu verwirklichen, haben wir auf 90 Millionen jährliche Einnahmen verzichten müssen, und dennoch wird das Budget Ihnen im Gleichgewichte vorgelegt werden, ohne daß es nöthig gewesen wäre, auf die Schaffung neuer Auflagen oder auf den öffentlichen Kredit zurückzugehen, ganz so wie ich Ihnen dies im vorigen Jahre angezeigt habe. Die in der Verwaltung Algeriens bewirkten Veränderungen haben die oberste Leitung der Geschäfte in den Schooß der Bevölkerungen selbst versetzt. Die ausgezeichneten Dienste des Marschalls, der an die Spitze der Kolonie gestellt ist, sind sichere Bürgen für deren Ordnung und Glück.

Was das Auswärtige anbelangt, so habe Ich Mich in Meinen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu beweisen bemüht, daß Frankreich den Frieden aufrichtig wünscht, daß es, ohne auf einen berechtigten Einfluß zu verzichten, nirgend sich einzumischen beansprucht, wo seine Interessen nicht im Spiele waren. Kurz daß, wenn es Sympathien für alles Edle und Große hatte, es nicht zauderte alles das zu verdammen, was Völkerrecht und die Gerechtigkeit verletzte. Ereignisse, die schwer vorherzusehen waren, sind eingetreten und haben in Italien die schon so schwierige Lage verwickelt. Meine Regierung hat in Uebereinstimmung mit ihren Verbündeten geglaubt, daß das beste Mittel, noch größere Gefahren zu beschwören, darin bestehe, daß Prinzip der Nichtintervention anzuwenden, welche jedes Land zum Herren seiner Geschicke macht, die Fragen lokalisirt, und verhindert, daß europäische Konflikte entstehen. Gewiß lasse Ich nicht außer Acht, daß dieses System die Inkonvenienz hat, als scheine es viele ärgerliche Exzesse zu begünstigen und die extremen Meinungen zu autorisiren. Die Einen würden vorziehen, daß Frankreich für alle Revolutionen Partei nehme, die Andern, daß es sich an die Spitze einer allgemeinen Reaktion stelle. Ich werde Mich durch keine dieser entgegengesetzten Anregungen von Meinem Wege abbringen lassen. Es genügt für die Größe des Landes, sein Recht da aufrecht zu erhalten, wo es unbestreitbar, seine Ehre da zu vertheidigen, wo sie angegriffen ist, seine Unterstützung da zu leihen, wo sie zu Gunsten einer gerechten Sache angerufen wird. Auf diese Weise haben wir unser Recht aufrecht erhalten, indem wir die Abtretung Savoyens und Nizza's annehmen ließen. Die Provinzen sind heute unwiderruflich mit Frankreich vereinigt. So hat unser Banner mit dem Großbritanniens vereinigt, lediglich um unsere Ehre im äußersten Orient zu rächen, siegreich auf den Mauern von Peking geweht, und das Kreuz als Sinnbild der christlichen Civilisation erhebt sich von Neuem in der Hauptstadt China's auf den seit länger als einem Jahrhundert geschlossenen Tempeln unserer Religion. So sind auch unsere Truppen im Namen der Humanität nach Syrien gegangen auf Grund einer europäischen Konvention, die Christen gegen einen blinden Fanatismus zu schützen. Zu Rom habe Ich die Garnison vermehren zu müssen geglaubt, als die Sicherheit des heiligen Vaters bedroht schien. Nach Gaeta habe Ich in dem Augenblicke Meine Flotte gesandt, wo sie die letzte Zufluchtsstätte des Königs von Neapel sein zu sollen schien. Nachdem Ich sie 4 Monate daselbst gelassen, habe Ich sie zurückgezogen. Wie würdig auch der Sympathie ein so edel getragenes königliches Unglück war, die Gegenwart unserer Schiffe nöthigte uns, täglich von dem Systeme der Neutralität abzuweichen, welche Ich proklamirt hatte, und gab irrigen Interpretationen Raum. Nun! Sie wissen es, man glaubt in der Politik wenig an einen rein uninteressirten Schritt. Dies ist die kurze Darlegung der allgemeinen Lage.

Mögen die Befürchtungen sich also zerstreuen und das Vertrauen sich befestigen! Warum sollen die kommerziellen und industriellen Geschäfte nicht einen neuen Aufschwung nehmen? Mein fester Entschluß ist, in keinen Konflikt Mich einzulassen, bei welchem die Sache Frankreichs nicht auf Recht und Gerechtigkeit ruht. Was haben wir alsdann also zu fürchten? Kann eine einige und kompakte Nation, welche 40 Millionen Seelen zählt, fürchten, sei es in Kämpfe gezogen zu werden, deren Zweck sie nicht billigen könnte, sei es durch irgend eine Drohung herausgefordert zu werden? Die erste Tugend eines Volkes ist Vertrauen auf sich selbst zu haben und sich nicht durch eingebildete Beunruhigungen erschüttern zu lassen. Lassen Sie uns also der Zukunft mit Ruhe, sowie mit dem vollen Bewußtsein unserer Kraft und unserer loyalen Absichten entgegensehen. Ueberlassen wir uns ohne übertriebene vorgefaßte Meinungen der Entwickelung der Keime des Wohlstandes, welche die Vorsehung in unsere Hände gelegt hat.

Großbritannien. John Richardson, Mitglied des Londoner Gemeinderathes hat vor längerer Zeit den Antrag angekündigt, daß Garibaldi das Ehrenbürgerrecht der City erhalte. Er hat sich an den General mit der Anfrage gewendet, ob er dieselbe annehmen und nach England auf Besuch kommen werde, worauf Garibaldi folgendes antwortete: „Caprera, 21. Januar 1861. Mein Herr, es ist mein Wunsch eine Reise nach England zu unternehmen, um Ihrem edelmüthigen Volke für die moralische und materielle Theilnahme, die es Italien zu Theil werden ließ persönlich zu danken, doch ist es mir in diesem Augenblicke unmöglich den Zeitpunkt zu bestimmen in dem ich dem Wunsche meine Herzens nachkommen kann. Einstweilen gestatten Sie mir, Ihnen für den beabsichtigten Antrag, den ich von Herzen gutheiße, zu danken.“ Ihr 2c.

Italien. Ueber den Kampf in den Abruzzen berichtet die „Opinione“, daß General Sonnaz am 28. Januar den in der Position Banca verschanzten Feind angriff und ihn zwang, sich zu ergeben. Wie der „Independance“ aus Neapel vom 26. Januar geschrieben wird, hat Sonnaz in den Abruzzen Schlag auf Schlag an drei oder vier Orten die bourbonischen Banden geschlagen. Derselbe Korrespondent behauptet, Sonnaz lasse die Banden, die er gefangen nehme, erschießen und die Belagerten in Gaeta thäten dasselbe mit gefangen genommenen Garibaldisten; er habe Bedenken getragen, letztere Thatsache zu melden, nunmehr sei dieselbe jedoch notorisch von allen Blättern constatirt. — Ueberall auch in Sicilien und Neapel, hat die konstitutionelle (ministerielle) Partei bei den Wahlen zum Parlament gesiegt. — Von Rom aus machte man zwei Expeditionen nach Ponte Corese und Sora, um die neue Herrschaft in den ehemaligen Provinzen des Kirchenstaates zu stürzen. Man rechnete in Rom auf einen günstigen Erfolg, weil die regelmäßigen piemontesischen Truppen in Neapel schwach sind, allein die päpstlichen Schaaren wurden von den Nationalgarden zurückgetrieben. — Den „Hamb. Nachr.“ wird aus Paris vom 3. d. M. telegraphirt: „Das italienische Parlament wird Victor Emanuel zum Könige von Italien proklamiren und eine Anleihe von 500 Millionen zu Kriegsrüstungen votiren. Piemont wird Unterhandlungen mit Rom und Wien anknüpfen. Garibaldi, der dem Könige Victor Emanuel einen Besuch abgestattet hat, soll auf jeden Angriff auf Ungarn, so wie auf Venedig verzichtet haben.“ — Aus Gaeta wird vom 1. d. M. ge-

meldet, daß das Schießen der Belagerer von der Landseite ziemlich heftig sei, von den Belagerten aber wenig erwiedert werde. Die Geschosse werden hauptsächlich gegen die Stadt gerichtet. Es sind in der vergangenen Nacht drei Priester getödtet und ein Kloster ist fast ganz zerstört worden. — Die „Opinione“ v. 2. Febr. meldet, daß Graf Brassier de St. Simon dem Könige morgen sein Beglaubigungsschreiben, durch welches er als preußischer Gesandter in Turin bestätigt wird, überreichen werde.

Türkei. Ein Telegramm aus Konstantinopel vom 29. d. M. meldet, daß der russische Gesandte, Fürst Labanoff, neue Memoiren und Dokumente in Antwort auf die Mission Kiprisli Paschas übergeben habe, begleitet von einer energischen Note, in welcher eine Conferenz zu Konstantinopel gefordert wird. Die Pforte wird aufgefordert, selbst eine Verlängerung der Occupation Syriens zu provociren und Ausführung der Convention zu verlangen. Die europäische Commission in Beyrut hat die Errichtung einer einzigen Regierung für die Christen in Syrien vorgeschlagen, die unter den Schutz der Mächte gestellt werden soll. Die Pforte hat zwei Regierungen mit christlichen und muselmännischen Generalräthen vorgeschlagen.

Amerika. Die Niederlage Miramon's in Mexico und der siegreiche Einzug des constitutionellen Heeres in die Hauptstadt Mexicos wird durch die neuesten Neu-Yorker Berichte bestätigt.

Provinzielles.

Culm, 29. Januar. (Gr. Ges.) Die von der Stadt Culm im Jahre **1489** fundirte höhere Bildungs-Anstalt (Studium partikulare), welche bei Erlaß des neuen Reglements für die Real- und höheren Bürgerschulen in die II. Ordnung der Realschulen eingereiht worden ist, soll nach den vor Kurzem gefaßten Beschlüssen der Stadtbehörden in eine nach dem neuen Reglement zu Entlassungs-Prüfungen berechtigte höhere Bürgerschule umgewandelt werden. Diesen Namen hatte sie auch früher schon seit vielen Jahren und war zu Entlassungs-Prüfungen nach dem Reglement vom 8. März 1832 berechtigt. Die Rückkehr zu demselben ist nun deshalb nöthig geworden, weil die Ausstattung einer vollständigen und tüchtigen Realschule einen Communalzuschuß von 3000 Thlrn. erfordert und ein solcher ein zu großes Opfer für die Stadt ist. Die Frequenz der Anstalt ist seit der Errichtung des katholischen Gymnasiums (1837) nicht viel über 100 Schüler gewesen, jedoch hat sich seitdem ihr nationaler und confessioneller Standpunkt sehr verändert. Während vor der Errichtung des Gymnasiums die bei weitem größere Zahl der Schüler der polnisch-katholischen Bevölkerung angehörte, ist dies jetzt umgekehrt, indem etwa ⅞ der Schüler der deutsch-evangelischen Bevölkerung angehören.

Ungeachtet dieser gänzlich veränderten Verhältnisse und, wie uns bedünken will, ohne jeden haltbaren Grund, da doch für die katholischen Schüler durch das so reich ausgestattete Königliche katholische Gymnasium sehr gut gesorgt ist, — fordert jedoch die katholische geistliche Behörde in Pelplin, behauptend, daß die Schulanstalt einst für katholisch kirchliche Zwecke fundirt worden, nicht nur, daß ihr ein katholischer Charakter erhalten werde, sondern auch sogar, daß das in Grund- und Kapital-Renten bestehende Vermögen der Anstalt von jährlich etwa 3000 Thaler für katholische kirchliche Zwecke ausgeliefert werde.

Beiden Ansprüchen, die seit Jahren immer von Neuem erhoben worden sind, ist die Stadt stets mit Entschiedenheit entgegen getreten. Ein in die Hypotheken-Bücher der Schulgüter Gogolin und Steinwaage auf Antrag der katholischen geistlichen Behörde eingetragener Anspruch auf die Ueberschüsse der Schulkasse für das bischöfliche Clerical-Seminar ist in Folge dreiinstanzlicher Entscheidung als unbegründet wieder gelöscht worden; ferner ist die Stadt gegen die bischöfliche Behörde wegen des Berühmens mit Ansprüchen an das Schulvermögen im Diffamations-Prozesse klagbar geworden, und, obwohl in zwei Instanzen erkannt ist, daß durch die schriftlichen Aeußerungen und Anträge der bischöflichen Behörde eine Diffamation nicht angewiesen sei, hat die Stadt doch im Gefühle ihres Rechts und in der Entrüstung über den ungerechten Anspruch des Gegners die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt.

Es wird kaum glaublich erscheinen, daß das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- ꝛc. Angelegenheiten diesen Prozeß inhibiren nnd den Magistrat zwingen wollte, mit der katholischen geistlichen Behörde wegen Abtretung des Schul-Vermögens in Vergleichs-Unterhandlungen zu treten. Nur durch die energischsten Protestationen ist es gelungen, der bereits angeordneten Erhebung des Competenz-Conflikts vorzubeugen und die Sistirung der Zwangsmaaßregeln, zur Anknüpfung der Vergleichs-Verhandlungen, die die im Falle der Weigerung gepflogen werden sollten, zu erlangen; doch eine ausdrückliche Zurücknahme des bezüglichen Ministerial-Erlasses ist noch nicht erfolgt, obwohl seitdem ein Jahr verflossen ist!

Die hier allgemeine Befürchtung, daß der katholische Ministerial-Rath Dr. Brüggemann, der in dieser Sache Decernent ist, die Ansprüche der katholisch geistlichen Behörde unterstützt, fordert zu um so größerer Wachsamkeit auf, und es wäre in der That unerhört, wenn diese Angelegenheit nicht, wie es unter den früheren Ministerien vor v. Raumer festgehalten werden, lediglich dem Rechtswege überlassen bliebe!

Seit alter Zeit hat der Magistrat stets die Verwaltung des Schulvermögens controllirt und das Lehrerberufungsrecht ohne alle Einschränkung ausgeübt in neuester Zeit ist aber auf den Antrag der katholischen geistlichen Behörden vom Ministerio der Geistlichen ꝛc. Angelegenheiten am 26. Juli 1858 bestimmt worden, daß die Schule einen katholischen Charakter habe und ein katholischer Direktor und katholische Lehrer berufen werden sollten. Erst in Folge einer Allerhöchsten Orts geführten Beschwerde ist durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom **1.** April 1859 bestimmt worden, daß die Schule, wie bisher, einen simultanen Charakter behalten und in dem Falle, daß ein katholischer Direktor, nicht zu erlangen sei, mit Genehmigung des Ministerii der Geistlichen Angelegenheiten ein evangelischer berufen werden solle, sowie, daß gleichviel evangelische und katholische Lehrer angestellt werden dürfen.

Traurig ist es aber, daß seit dem zu Anfang des Jahres **1857** erfolgten Tode des Rektors Köhler die Berufung eines neuen Dirigenten wegen der eingetretenen Streitigkeiten und Wirren noch nicht hat zu Stande gebracht werden können, wodurch die Anstalt natürlich sehr leidet. Neuerdings sind aber wiederum Schritte gethan, um einen katholischen Dirigenten zu gewinnen und hier der Allerhöchsten Bestimmung nachzukommen, obwohl hierdurch die Anstalt nach den bestehenden Verwaltungs-Grundsätzen unter den katholischen Schulrath gestellt wird, während ihre Schüler fast ausschließlich der evangelischen Confession angehören, und auch für alle Zukunft so lange hier ein katholisches Gymnasium bestehen wird, ein solches Verhältniß in sicherer Aussicht ist.

Wir theilen schließlich noch den Wortlaut des auf die Verleihung der Schulgüter Gogolin und Steinwaage bezüglichen Passus der Fundations-Urkunde pro **1849** nach einer in dem Schulprogramm pro **1855** pag. **11** abgedruckten Uebersetzung mit, welche lautet:

> „Auch sollen die obengenannten Brüder (fratres communis vitae) und alle ihre Nachfolger die benannten Güter, nämlich Gogolin und Steinweg, auf keine Weise veräußern oder zu anderm Gebrauch verwenden, soudern sie sollen bei ihrem Hause und der Schule für ewig verbleiben. Wir wollen sie auch in allen ihren Prozessen und bürgerlichen Actionen nach Unserem Vermögen unterstützen. ꝛc.

aus welchem wohl ohne allen Zweifel ersichtlich ist, daß die Güter nicht für kirchliche, sondern für Schulzwecke verliehen sind.

Elbing, den 4. Februar. Heute Mittags 12 Uhr wurde der Redakteur des „Neuen Elbinger Anzeigers“, Hermann Jacob Riesen im siebenundvierzigsten Lebensjahre seiner Familie und unserer Stadt durch den Tod entrissen.

Lokales.

Vereinsleben. Heute ist es nicht mehr wunderbar, daß der Assoziationsgeist auf allen Gebieten des Lebens wirkt und gute Früchte trägt, — das Gegentheil dieser Thatsache wäre eine wunderbare Erscheinung. Auch bei uns in Thorn ist dieser Geist sehr thätig, wie das aus nachstehendem Verzeichniß der hierorts bestehenden Vereine erhellen wird. Speziell Thorn angehörige Vereine sind: Der Handwerkerverein, der katholische Gesellenverein, der Turnverein, — Vorschußverein, 4 Sterbekassenvereine (die Zahl der röm.-kath. kirchlichen Vereine von gleicher Tendenz konnten wir nicht in Erfahrung bringen), — 3 Lesevereine, Copernicus-Verein für Kunst und Wissenschaft, Wissenschaftliches Kränzchen, 2 Liedertafeln, Singverein, Schillerverein, Freimaurerloge, — Gustav-Adolph-Verein, Evang. Missions-Verein, Verein für den Thurmbau an der altstädtischen evangel. Kirche, — Frauenverein für die Klein-Kinderbewahr-Anstalt, — Verschönerungsverein, — 3 Ressourcen, die Friedrich-Wilhelm-Brüderschaft, Schach-Klub. — Zu den Vereinen sind auch Handwerker-Innungeu zu zählen, deren Zahl 33 beträgt. Von auswärtigen Vereinen haben hier Mitglieder der Nationalverein und eine Pflegschaft des National-Museums zu Nürnberg. — Zum Schluß bemerken wir noch, daß zu obigen Vereinen noch ein wirthschaftlicher, sehr nützlicher Verein in Kürze kommen dürfte. — In Folge der Mittheilungen in unserem Blatte über den Seidenbau in unserer Provinz, die wir vornemlich der „Danz. Zeit.“ verdanken, ist bei mehren hiesigen Bewohnern das Vorhaben geweckt worden, zur Förderung der Seiden-Kultur in hiesiger Gegend einen Verein zu bilden. Praktisch ist dieselbe schon in unserer Stadt gepflegt worden, wie bekannt durch den Polizei-Commissarius Herrn Roszczechowski und mit günstigem Erfolg. Diese Erfahrung und der Umstand, daß in der Umgegend unserer Stadt eine genügende Anzahl Maulbeerbäume sich befinden, so daß die Seidenraupe ausreichende Nahrung findet und von der Anpflanzung gedachter Bäume vorläufig Abstand genommen werden kann, — jene Erfahrung und dieser Umstand werden das beregte Vorhaben wohl zur Ausführung kommeu lassen. Für diejenigen unserer Leser, welche sich für das Vorhaben, sowie für die Seiden-Kuktur interessiren, bemerken wir noch, daß sie das Nähere hierüber bei den Herren: Polizei-Commissarius Roszczechowski und Gärtner Raatz auf der Bromberger-Vorstadt erfahren können. (Sollte im obigen Verzeichniß ein bestehender Verein ausgelassen sein, so bitten wir uns den Namen desselben im allgemeinen, wie chronikalen Interesse mittheilen zu wollen. Die Redaktion.)

— **Ueber das dreihundertjährige Jubelfest der Schifferinnung,** welches am 27. Januar statthatte und dessen wir in Nro. 14 u. Bl. gedachten, ging uns nachträglich folgende Mittheilung zu, für welche wir dem Einsender bestens Dank sagen. Wir bemerken hier noch, daß gutem Vernehmen nach die Innung ihr dreihundertjähriges Bestehen im Sommer durch ein Fest in größerem Maßstabe feierlich zu begehen gedenkt. Die beregte Mittheilung lautet: Am 27. Januar versammelten sich die 14 hier anwesenden Mitglieder der hiesigen Schifferinnung zur dreihundertjährigen Jubelfeier derselben. Drei Choräle, vorgetragen von einer hiesigen Kapelle, eröffneten die Festlichkeit, worauf ein Vorstandsmitglied ungefähr folgende Ansprache an die Gesellschaft hielt:

Meine Herren!

Wir feiern heute das dreihundertjährige Jubiläum unserer Innung, denn vor dreihundert Jahren stifteten unsere Vorfahren diesen schönen Bund, der uns noch gegenwärtig zu bürgerlichen, wie kirchlichen Zwecken vereinigt. Nichts ist uns von seinen Rechten und Privilegien, Nichts von seinem alten Glanze und seiner alten Herrlichkeit gebliebeu, als die bloße Erinnerung und sein auch für uns zu empfehlender Wahlspruch:

„Concordia res parvae crescunt, discordia magne dilabentur.“

Concordia — Einheit war der Wahlspruch nnserer Vorfahren und kühn darf auch ich Ihnen, meine Herren, die Worte jenes amerikanischen Staatsmannes zurufen: Einheit, Einheit Brüder, damit uns die Hyder der Zwietracht nicht vernichte. Hat uns das Schicksal mit einem fremden Staat*) verschmolzen, so ergeben wir uns in Gottes unerforschlichen Rathschluß, verwerfen wir allen Parteigeist, damit wir als gute Bürger dieses Staats vereint die Segnungen genießen können, die uns Gott durch den schon mehrjährigen Frieden und durch unser mildes Königshaus zu Theil werden läßt, — durch jenes Fürstenhaus, dessen tiefblickendes, Alles umfassendes und in seinem Werthe erkennendes Auge über Alles wacht, was den Staatsangehörigen Nutzen und Seegen bringen kann, — jenes Fürstenhaus, das nicht, wie der Volksbeglücker des jetzigen Jahrhunderts, der kein anderes Ziel kennt, als das, welches ihm Ehrgeiz und die Eroberungssucht vorschreibt. —

Zwar erscholl schon beim Eintritt in dieses neue Jahr durch die Marken unseres Staates, die verhängnißvolle Trauerkunde von dem Ableben unseres edlen und gottesfürchtigen Königs Friedrich Wilhelm IV., doch ist seine Dynastie durch Männer gesichert, die der Stolz Europas sind. In der Hoffnung meine Herrn, daß der verwaiste Thron, durch einen Hohenzollern seinen würdigen Glanz wieder erhält, der die bürgerlichen Rechte seiner Unterthanen, sowie die Rechte unserer Kirche zu schützen und zu schätzen weiß, eingedenk der Worte: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen, — in dieser Hoffnung meine Herrn, fordere ich Sie auf, auf das Wohl unseres geliebten Königs Wilhelm I. ein Lebehoch zu bringen. —

Meine Herren König Wilhelm I. lebe hoch! — Die Versammlung erhob sich und ein dreimaliges, stürmisches Hoch erfolgte.

Ein zweites Vorstands-Mitglied brachte ein Lebehoch auf das Wohl des hiesigen Magistrats, der sonst in ihrer Mitte vertreten war, so wie auf das Wohl der hiesigen Handelskammer und der edlen Bürger Thorns, die vereint schon Vieles für Wohl und Nutzen der Schifffahrt gethan haben. — Musik und ein frugales Festessen bei vollem Glase beendete die Festlichkeit um 3 Uhr des Morgens.

— **Witterung.** Der verflossene Januar hat uns als echter Wintermonat gezeigt, was so eine rechtschaffene Winterkälte, wie wir seit ein Paar Jahren nicht gehabt haben, zu bedeuten hat und was dabei für üble Dinge schlechte Oefen und nicht festschließende Fenster und Thüren

*) Die Innungsgenossen sind Preußen polnischer Zunge und gehören der röm.-kathol. Kirche an.

Anm. der Redaktion.

sind. Ja, so ein Januar kostet Holz. Der Februar verleugnet seinen naturgemäßen Charakter auch nicht; er bringt Nebel, Thauwetter, Schmutz und zwingt der Damenwelt zu ihrem Leidwesen den Ueberziehschuh auf. Ja, im heutigen Februar spürt man es, daß der Frühlings-Anfang nicht mehr zu fern ist. Seine Nähe verkündet auch jeglichen Tag eine große Schaar ungefiederter Zugvögel, welche zum Leidwesen der Herren „Prinzipale" in die Comtoire flattert und dort von Rosinen, Zucker, Mandeln, Reis, Wein, Seiden-Wollen- und Baumwollen-Waaren 2c. zwitschert, flattert und singt, daß den armen „Prinzipalen" ängstlich und bange zu Muthe wird, denn theils sind dieselben noch mit Waaren versehen, theils raubt ihnen alle Lust zum Kaufen und Spekuliren, der Bundestag, welcher zur Zeit patriotische Anwandlungen bekommt, kriegerische Gelüste zeigt und gegen Dänemark die Kriegs-Trompete gewaltig schmettert, — um die Aufmerksamkeit der lieben deutschen Unterthanen von ihrer inneren Noth und Erbärmlichkeit abzulenken, welchem doch ein Ende gemacht werden muß zum Leidwesen der Herren v. Beust, v. Borries, v. Dalwigk 2c. — dem erbärmlichen Zustande, welcher dem Dänen so frechen Muth giebt, mit dem Säbel furchtbar zu rasseln und der deutschen Handels- und Industrie-Welt Beklemmungen zu verursachen. Ein einiges, liberal regiertes Deutschland und wir haben Frieden im Innern und nach Außen und können in Ruhe arbeiten, handeln und spekuliren, sowie die Früchte unserer Arbeit genießen.

— Handwerkerverein. Am Donnerstag, den 7. d. Mts. Vortrag des Herrn K. Marquart über die sozialistischen Hauptsysteme 2c.

Inserate.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 5. Febr.: Temp. K. 0 Gr. Luftdr. 28 Z. Wasserst. 8 F. 8 Z. Wasserst. in Warschau 12 F. 3 Z., laut telegraphischer Depesche vom 3. d. M., das Wasser fällt.
Den 6. Febr.: Temp. K. 1 Gr. Luftdr. 28 Z. Wasserst. 8 F. 6 Z.